

# DER GRÜNSPECHT



Die Information von *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN* Ortsverband Titz Ausgabe 1 2014

## Auf dem Lande wird es einsam !?

### Gedanken über eine zukunftsfähige kommunale Demografiepolitik

Niedrige Geburtenraten, Landflucht und Verstädterung – die Bevölkerungsstruktur der Gesellschaft verändert sich schleichend, aber nachhaltig. Das Durchschnittsalter steigt, die Zahl der Erwerbstätigen und damit auch der Steuerzahlenden sinkt. Viele Leistungen öffentlicher Träger sind jedoch nach dem  $\square$ mlageprinzip finanziert. Sinkt die Zahl der Beitragszahler, muss deren Einzelbeitrag im Gegenzug steigen. Zugleich steigt der finanzielle Gesamtbedarf in vielen Bereichen öffentlichen Handelns an. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Begegnen wir den Herausforderungen des demografischen Wandels nicht rechtzeitig und nachhaltig, bedeutet dies, es reicht nicht mehr für Alles, für Alle, überall.

#### Erste Folgen sind spürbar

Die langwierigen und zum Teil sehr erhitzt geführten Debatten um die Schulsituation im Nordkreis stehen exemplarisch für die tiefgreifenden Auswirkungen, die der demografische Wandel auf politisches und gesellschaftliches Leben und Handeln schon heute hat. Vielleicht zum ersten Mal spürten die betroffenen Kommunen den Hauch existenzieller Bedrohung und reagierten darauf zum Teil mit unbesonnenen Zeichen relativer Stärke. Letztendlich wurde hier die Ohnmacht der Handelnden gegenüber einem noch nicht durchdachten übergroßen Problemfeld deutlich. Mit der Primusschule hat Titz eine gute und flexible Lösung gefunden. Der vermeintlich Stärkere in der vorangegangenen Runde indes sucht noch immer nach einer tragfähigen Lösung.

#### Nicht jedes demografische Problem ist augenscheinlich

Die Folgen des demografischen Wandels sind aber nicht nur die großen und bekannten Themen. Auch indirekte Folgen können besonders das ländliche Gemeinwesen zum Teil sehr empfindlich treffen. Das Kultur- und Vereinsleben, geprägt durch eine ausgewogene Mischung verschiedener Generationen mit ihren spezifischen Erfahrungen und Fähigkeiten, ver-

den traditionellen Handlungsmustern der Politik und Verwaltung zu begegnen ist. Die Primusschule ist ein gutes Beispiel für solch eine alternative Problemlösungsstrategie.

Natürlich sind den Maßnahmen, mit denen die Kommune der demografischen Entwicklung begegnen kann, begrenzt.  $\square$ m so wichtiger ist es, eine umfassende Analyse der Probleme durchzuführen und daraus ein tragfähiges Handlungskonzept sowie politisch abgestimmte Ziele zu entwickeln. Die Fragen kommunaler Demografiepolitik drehen sich um kommunale Familienpolitik, Infrastruktur, eine lebenswerte  $\square$ mgebung für alte Menschen, Gestaltungsmöglichkeiten für Junge.

Den bisherigen Ansatz des Bürgermeisters, die Folgen der demografischen Entwicklung allein in den jeweiligen Fachausschüssen zu behandeln, halten Bündnis 90/Die Grünen für ungeeignet. Vielmehr sollte sich eine Stabsstelle, idealerweise der Bürgermeister selbst, als Planer und Moderator dieser wichtigen Querschnittsaufgabe widmen und beispielsweise den Gemeindeentwicklungsausschuss als zentralen Anlaufpunkt für alle Fragen rund um Demografieprobleme einbinden.

Wir bestätigen dem Bürgermeister gerne eine Vielzahl guter Ansätze und Ideen. Wir wünschen ihm und damit uns allen den Mut, diese zukünftig auch im richtigen Kontext vernetzt zu deutlich größerer Effektivität zu bringen. Hier wird auch eine deutliche GRÜNE Handschrift vonnöten sein.

Christian Waldrich



ändert sein Gesicht. Austausch, Entwicklung, ja der Fortbestand gewohnter Gemeindelebens und gewachsener Traditionen stehen vor existenziellen Fragen.

Das ohnehin schon schwer zu finanzierende Kanalnetz der Gemeinde wird bei immer ungünstigeren Anwohnerzahlen zu einer noch stärkeren Belastung für Gebührenzahler und Gemeinde.

Weniger Bedarf an Wohnflächen führt zu größerem Leerstand und damit zu einem schleichenden Verfall von Immobilienpreisen.

#### Große Aufgabe und große Chance

Alle Beispiele zeigen, dass dem Problem des demografischen Wandels nicht mit



## Ein Jahr im Rat - Bilanz der neuen GRÜNEN Ratsmitglieder

In der laufenden Wahlperiode des Gemeinderats gab es bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Generationenwechsel. Vor etwas über einem Jahr haben Christian Waldrich und Andreas Leßenich Amt und Mandat von ihren Vorgängern Dierk Simons und Friederike Fischermann übernommen. Zeit für den Grünspecht, einmal nachzufragen.



Christian Waldrich

**GRÜNSPECHT: Das erste vollständige Jahr als Gemeindevertreter in Titz. Wie war's?**

**CW:** Andreas und ich sind zwar erst seit 2012 Gemeindevertreter, aber wir waren als sachkundige Bürger ja auch vorher schon im Rat aktiv und in alle wichtigen Prozesse eingebunden. Aber es ist schon richtig: Seit etwas über einem Jahr ist die Verantwortung natürlich permanent gestiegen. Der Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Unternehmen und Institutionen hat nach und nach zugenommen.

**AL:** Ich habe im ersten Jahr im Gemeinderat festgestellt, dass auch dieses Gremium eine eigene Dynamik besitzt, wie man es auch von anderen interagierenden Gruppen kennt. Neben den Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung funktioniert auch ein Gemeinderat nach informellen Regeln. Viele der eigenen Vorstellungen und Ideen gilt es auf dieses Räderwerk neu zu "kalibrieren", um sie voranzubringen.

**GRÜNSPECHT: Hattet ihr auch 100 Tage Schonfrist, wie man Sie ja neuen Verantwortlichen in der Politik gerne einräumt?**

**CW:** Ich glaube nicht. Und ich glaube auch nicht, dass das notwendig wäre. Die Prob-

leme, Chancen und Risiken der Gemeinde Titz und ihrer Einwohner sind ja weitgehend allen Verantwortlichen bewusst. Wir haben uns beide gut auf unsere Aufgabe vorbereitet und brauchten daher auch keine lange Einarbeitungszeit. Entscheidend wichtig sind die Lösungsansätze, mit denen wir als Gemeinde den Problemen der Zukunft begegnen wollen. Diese mit zu erarbeiten und umzusetzen, ist die Hauptaufgabe des Gemeindevertreters und damit haben wir vom ersten Tage an begonnen.

**AL:** Als Ratsmitglied einer kleinen Fraktion wie der unseren ist man als Einzelmitglied in den Ausschüssen oder zu zweit im Rat gleich gefragt. Erst einmal nur die Beobachterrolle einzunehmen, wie es vielleicht bei großen Fraktionen möglich ist, stand uns nicht zur Wahl. Es gilt, sich beherrzt in Themen einzubringen, sachlich zu argumentieren und im Sinne des grünen Politik- und Wahlprogramms Anträge zu formulieren.

**GRÜNSPECHT: Was war Euch im vergangenen Jahr besonders wichtig?**

**CW:** Besonders in Erinnerung geblieben ist mir die erste Haushaltseinbringung, die ich für meine Fraktion begleiten durfte. Wenn Du eine Haushaltsrede halten sollst, dann musst Du Dich intensiv mit der Lage der Gemeinde beschäftigen und die Chancen und Risiken in wenige Zeilen komprimiert zusammenfassen. Ich glaube, bei derartigen Gelegenheiten bildet sich sofort auch die politische Agenda für die darauffolgenden Monate. Aber auch vermeintlich „kleine“ Themen wie eine Baumschutzsatzung oder die Unterstützung einer Organisation wie „Frauen helfen Frauen“ sind mir wichtig. Dafür haben wir beide in der kurzen Zeit schon viel gekämpft und auch den ein oder anderen Erfolg erzielt.

**AL:** In der Regel sind es die Ausschusssitzungen, wo sich in Redebeiträgen mit den anstehenden Themen auseinandergesetzt wird. Ich konnte beobachten, dass Populismus und Polemik vielleicht "gute Wahlhelfer" sind, jedoch in Rat und Ausschüssen nicht der Sache dienen. Gerade als neues Mitglied im Rat muss man sich seinen Platz als kompetenter Gesprächspartner erst erarbeiten. Auch vor diesem Hintergrund war vielleicht der Einsatz für die Primusschule ein besonders wichtiger Aspekt des vergangenen Jahres.



Andreas Leßenich

**GRÜNSPECHT: Und was haltet Ihr in den kommenden Monaten für das Wichtigste?**

**CW:** Das Wichtigste ist eigentlich nichts Neues. Wir müssen uns als Gemeinde verstärkt mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen auseinandersetzen. Altersentwicklung, Mobilität und Flexibilität, Familienbilder, Versorgungssituation – all das sind Themen, die jetzt angepackt werden müssen. In den vergangenen Monaten hat uns die Gestaltung der Schulsituation schlaflose Nächte bereitet. Aber auch das ist eine Folge des demografischen Wandels. Leider haben Verwaltung, Bürgermeister und auch ein großer Block im Gemeinderat bislang nicht die Notwendigkeit eines übergreifenden Konzepts unter einer einheitlichen Federführung erkannt. Neueste Äußerungen dazu lassen aber ein sanftes Umdenken erahnen. Um so wichtiger wird natürlich auch der Ausgang der Kommunalwahl sein. Absolute Mehrheiten sind in einer solchen Situation immer schlecht.

**AL:** Dem kann ich mich nur anschließen. Die nächste Wahlperiode des Rates dauert bis 2020 und wird von vielen schweren und auch unerfreulichen Aufgaben geprägt sein. Die sollten auf einem Gemeinderat mit möglichst breiten Schultern lasten. Dafür werden wir in den kommenden Wochen werben.

**GRÜNSPECHT: Vielen Dank Euch beiden und ein erfolgreiches Neues Jahr.**



## Veranstaltung im Landtag Düsseldorf mit Titzer GRÜNEN Feinstaub aus Tagebau – Auswirkungen für Mensch und Umwelt

Vertreter des Ortsverbandes und der Fraktion der Titzer GRÜNEN haben am 8. November 2013 an einer Veranstaltung der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Thema „Feinstaub aus Tagebau – Auswirkungen für Mensch und Umwelt“ im Düsseldorfer Landtag teilgenommen.

In Referaten und der anschließenden Podiumsdiskussion beleuchteten Dr. Diana Hein vom Umweltministerium, Julia Huscher aus Brüssel für die Organisation Health and Environment Alliance, Michael Eyll-Vetter für RWE Power sowie die Fachärztin für innere Medizin Dr. Irmgard Emmerich und Wolfgang Schäfer vom Netzwerk Bergbaugeschädigter das Thema.

Frau Dr. Hein stellte die Messergebnisse und die Bedeutung des revierweiten Luftreinhalteplans dar. **Bedeutsam für die Gemeinde Titz ist die Auskunft des Ministeriums, dass die Messstation Jackerath, anders als zunächst geplant, auch im Jahr 2014 am bisherigen Standort erhalten bleibt.** Zusätzlich wird zu dieser „großen“ Station, die neben dem Feinstaub auch noch andere Luftdaten misst, in Holzweiler eine weitere kleinere Messstation nur für Feinstaub aufgestellt; eine zusätzliche

Verbesserung für die Erhebung der Daten.

Frau Julia Huscher wies in ihrem Referat in einer beeindruckenden Animation von Wetter- und Winddaten nach, dass der Feinstaub aus den Tagebauen nicht nur im unmittelbaren Umfeld des Tagebaus, sondern auch weiträumig etwa über das Ruhrgebiet und in den norddeutschen Raum verteilt wird. Bedeutend ist auch ihre Aussage, dass der Tagesmittelwert von  $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$  als gesundheitlich schädlicher Grenzwert eine reine Festsetzungssache ist. Gesundheitsschädlich sind auch schon Werte unter dieser Festsetzung. Außerdem

**Grenzwerte sind reine Festsetzungssache. Gesundheitsschädlich sind auch schon Werte unter dieser Festsetzung.**

Tagesmittelwert handelt. An Diagrammen stellte sie dar, dass Messungen über eine und auch mehrere Stunden Werte von bis zu  $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$  ergaben, die äußerst schädlich sind, aber durch die Angabe des Tagesmittelwertes, der dann ggf. unter  $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$  liegt, nivelliert werden. Wie sich der Feinstaub im Einzelnen auf die Gesundheit

auswirkt, stellte die Internistin Dr. Irmgard Emmerich an Krankheitsbildern und Daten dar.

Michael Eyll-Vetter von RWE Power zeigte die Maßnahmen seines Unternehmens zur Feinstaubbekämpfung auf. Er verwies auf die verschiedensten nach seiner Auffassung erfolgreichen Maßnahmen zur Reduzierung, wie die Reinigungsmaßnahmen an den Laufbändern, Einhausung an den Kohlebrechern und vor allem an den Bandsammelanlagen sowie den Reinigungsmaßnahmen an den Fahrzeugen.

Dierk Simons von den Titzer GRÜNEN hakte nach, wie denn dann die Grenzwerte in der Nähe des Bandsammelpunktes Jackerath allein in diesem Jahr schon 22 mal überschritten wurden. Die Antwort, zu Beginn des Jahres seien die Abdeckmaßnahmen noch nicht abgeschlossen gewesen, vermochte nicht zu überzeugen, da die zuvor vom Referenten beschriebenen Schutzmaßnahmen nach Veröffentlichungen von RWE schon seit mehreren Jahren zum Standard gehören und offensichtlich nicht ausreichen. Auch Wolfgang Schäfer vom Netzwerk Bergbaugeschädigter bezweifelte die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen.

Andreas Leßenich

## Erfolgreiche Gründung der Primusschule Titz

Wie die Verwaltung in der Ausschusssitzung vom 27.11.2013 mitteilt, haben eine ausreichende Anzahl von Eltern ihre Kinder zum Beginn des Schuljahres 2014 /15 zur Primusschule angemeldet. Die Gemeinde Titz besitzt nun eine weiterführende Schule mit einem modernen Bildungskonzept! Diese Schule sichert nicht nur den Bildungsstandort Titz, sondern sorgt auch für eine zunehmende Attraktivität der Gemeinde bei jungen Familien. Die beiden Rektorinnen Frau Schürmann und Frau Törkel-Howlet wurden mit der Einrichtung der neuen Schule beauftragt.

Kurz vor der Sommerpause hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch einen Antrag zu einer Sondersitzung die vorzeitige Aufgabe des Projektes verhindert. Eine kurzfristige Beschlussvorlage der Verwal-



tung legte seinerzeit dem Rat nahe, die Schulgenehmigung nicht zu beantragen. In einer eindringlichen Rede erläuterte das grüne Ratsmitglied Andreas Leßenich unter anderem die gravierenden Auswirkungen auf das Gemeinwesen und die soziale Infrastruktur in der Gemeinde Titz, falls diese Schule nicht zu Stande kommt. In der folgenden Sondersitzung legte die Verwaltung einen neuen Beschlussvorschlag vor, der jetzt vorschlug, die Primusschule zu beantragen. Dieser fand die Zustimmung aller Fraktionen und wurde einstimmig beschlossen. Ein eigener, vergleichbarer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brauchte nicht mehr gestellt zu werden.

Rolf Frieten

## „Frauen helfen Frauen“ erhalten Zuschuss

Über viele Jahre hinweg warb der Verein „Frauen helfen Frauen“, unterstützt von den Titzer GRÜNEN, um eine Unterstützung ihrer Arbeit im Nordkreis.

Auch in diesem Jahr waren dicke Bretter zu bohren, doch am Ende stand auf Antrag der GRÜNEN eine Mehrheit im Gemeinderat für die Gewährung eines kleinen Zuschusses für den Betrieb der Beratungsstelle in Jülich für das laufende Jahr 2013. Gegen die Ablehnung der deutlichen Mehrheit der CDU-Fraktion und des Bürgermeisters leistet auch die Gemeinde Titz wieder Ihren Teil zum Fortbestand dieser wichtigen Einrichtung für Frauen und Mädchen auch aus Titz.

Im neuen Haushaltsjahr 2014 der Gemeinde Titz werden wir erneut einen entsprechenden Zuschussantrag stellen.



Friederike Fischermann

## Wussten Sie es schon? Grünspecht ist Vogel des Jahres 2014

Der Namensgeber unserer GRÜNEN Zeitung ist vom Naturschutzbund NABU und vom Landesbund für Vogelschutz zum Vogel des Jahres 2014 ausgewählt worden. Darüber freuen wir uns!

Der Grünspecht ist zwar - genau wie unsere Zeitung - nicht vom Aussterben bedroht, aber die Probleme in seinem Lebensraum sind unübersehbar:

Extensiv genutztes Grünland, Umwandlung von Wiesen und Weiden in Ackerland, Pestizide in der Landwirtschaft, Überdüngung und damit verbundener Futtermangel sorgen für wachsende Probleme.

Der Grünspecht ist eine der häufigsten Spechtarten und ein echter Europäer. Sein Verbreitungsgebiet umfasst 90 Prozent von Europa. Im Jahr 2004 wurden 860.000 Brutpaare gezählt. Der Grünspecht ist standorttreu und tagaktiv und nistet in alten Baumstämmen. Er hackt weniger an Bäumen, sondern hüpfert in



großen Sprüngen über Wiesen und Weiden um Ameisen, die seine Hauptnahrung sind, mit seinem langen Schnabel aufzupicken. Er bevorzugt halboffene Land-

schaften, Parks und Brachen, vor allem auch Streuobstwiesen mit altem Baumbestand, wo er mit freudigem Gesang und leicht gellendem Lachen (Lachvogel) zu jeder Jahreszeit erfreut.

Wir versprechen den Lesern des GRÜNSPECHT, dass wir GRÜNE in Titz uns auch weiterhin für eine vogelfreundliche Umgebung einsetzen und beharrlich klopfen und picken, wenn in der Gemeinde etwas schlecht oder falsch läuft.

Projekte, die dem Grünspecht helfen:

- auf Pestizide verzichten
- ökologisch gärtnern
- Altholz im Garten erhalten
- sich in der Gemeinde für naturnahe Grünflächen einsetzen
- Wiesen nur ein bis zweimal mähen

Der GRÜNSPECHT wünscht Ihnen ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr!

Barbara Simons

## Konzession gemacht: Der neue Vertrag ist deutlich grüner

Anfang November war es in den Zeitungen zu lesen: Titz hat den Konzessionsvertrag zum Betreiben des Stromnetzes in der Gemeinde nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung erneut mit RWE geschlossen. Die erfreulichste Nachricht jedoch ging in der Berichterstattung unter.

Das neue Vertragswerk trägt nämlich neben der Einarbeitung anderer Mustervertragsselemente auch die Handschrift des Musterkonzessionsvertrages von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Landesverband Baden-Württemberg, in dem deutlich stärker als bisher die Belange des Energiewandels, der notwendigen Flexibilität und der möglichen Einbindung kleinerer Partner in den kommunalen Energiesektor berücksichtigt wird.

### Eine der wichtigsten Neuerungen in diesem Vertrag ist die Laufzeit

Zwar ist eine Gesamtlaufzeit von 20 Jahren vereinbart, der Gemeinde steht aber ein Sonderkündigungsrecht nach 10 bzw. 15 Jahren zu. Auf explizite Nachfrage des Grünen Gemeindevertreters bestätigte

auch der Beigeordnete Christian Canzler, der die Verhandlungen maßgeblich geführt hat, dass nach der vorliegenden Vereinbarung eine vorzeitige Kündigung ohne rechtliche oder finanzielle Nachteile möglich ist. „Dieser Vertrag öffnet zum ersten Mal mehr Türen als er schließt. Bürgerbeteiligung, Genossenschaften, Kreiswerke - was immer die Zukunft bringt, wir bleiben so handlungsfähig“ freut sich der Fraktionsvorsitzende der Grünen.

### Zur Information:

Das Stromverteilungsnetz ist im Besitz des Stromversorgers RWE. Da die Stromleitungen im hoheitlichen Gebiet der Gemeinde verlegt sind, benötigt der Stromversorger eine Durchleitungsgenehmigung die sog. Konzession. Nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel erhält die Gemeinde für diese Konzession im Durchschnitt jährliche Gebühren von 230.000 €.

Der bisherige Konzessionsvertrag lief in diesem Jahr aus. Die grüne Fraktion hat recherchiert, ob ein eigener Netzbetrieb, ggf. in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden möglich und finanzierbar ist. Da

dies zur Zeit nicht möglich ist, wurde die Konzessionsvergabe erneut ausgeschrieben. Wichtig für die Grüne Fraktion und Voraussetzung für ihre Zustimmung war eine kurze Laufzeit oder eine Austrittsklausel.

**Anders als vor 20 Jahren konnten die GRÜNEN dem neuen Vertrag daher zustimmen.**

### Wichtig für die Stromverbraucher :

Durch den Konzessionsvertrag betreibt der Konzessionsnehmer RWE zwar das Netz auf dem Gebiet der Gemeinde Titz, er ist aber durch gesetzliche Grundlage dazu verpflichtet, jedem konkurrierenden Stromanbieter die Durchleitung des Stroms durch sein Netz zu ermöglichen. Das bedeutet: Auch jeder Stromkunde ist in der Wahl seines Stromanbieters völlig frei und wir GRÜNEN werben dafür, bei evtl. Preisvergleich und Anbieterwechsel auch an einen Wechsel zu einem Ökostromanbieter zu denken.

Christian Waldrich